

eichen. Insbesondere die hohen Herstellungskosten bei einerleihe von Produzenten wirken sich hemmend auf den Vertragsabschluss mit dem Handel aus. So liegen z. B. die Abgabepreiseier Hersteller für „Thüringer Spezialitäten“ und den „Nordhäu-äer Doppelkorn“ über den Ladenpreisen vergleichbarer Erzeugnisse westlicher Betriebe. Damit ist unter Berücksichtigung von Handelsspannen und Mehrwertsteuer die Konkurrenzfähigkeit solcher Produkte stark eingeschränkt oder gar nicht gegeben.

Ausgehend von Informationen, daß BRD-Unternehmen nicht)der in unzureichendem Umfang DDR-Erzeugnisse in ihre Or-Jerlisten aufnehmen und sich damit praktisch gesetzwidrig ver-liehen, führte der Handelsminister am 24.7. 1990 eine Aussprache mit führenden Vertretern dieser Handelskonzerne durch. Im Ergebnis dieser Beratung wurde mit ihnen Übereinstimmung erzielt, künftig marktgerechte DDR-Erzeugnisse im An-gebot zu führen.

In Auswertung des bis Anfang September erreichten Standes lat sich das Ministerium für Handel und Tourismus nochmals m die Dezernate Handel der Bezirksverwaltungsbehörden ge-wandt und gebeten, auf die Produktions- und Handelsunterne-hmen ihres Territoriums Einfluß zu nehmen, um den Anteil marktgerechter Erzeugnisse aus der DDR-Produktion weiter zu erhöhen. Sie wurden darauf orientiert, diesen Prozeß u. a. durch Organisation kreislicher Angebotsmessen, Bereitstellung von Verkaufsflächen für Produzenten sowie Schaffung von Groß-märkten zu unterstützen. Auch bei konsequenter Umsetzung er vielfältigen Aktivitäten der Regierung und des Handels „a auch weiterhin für die Erhöhung des Absatzes von DDR-Produkten alles davon abhängen, inwieweit es den Herstellern gelingt, ihre Erzeugnisse hinsichtlich Qualität, Preis, Verpack-ung und weiterer Lieferkonditionen den Wettbewerbsbedin-gungen anzupassen.

nlage 5

Antwort des Staatssekretärs im Ministerium für Wirtschaft, Herrn **Dr. Martin Dube**, auf die Frage des Abgeordneten **Lothar Meier (PDS)** - Drucksache Nr. 233

Frage 10

Im vom Ministerium für Wirtschaft herausgegebenen Bericht cum Wirtschaftsablauf in der DDR - August 1990 - wird festge-stellt:

„Diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist einerseits Aus-iruck noch nicht greifender Umstrukturierung der Unterne-hmen sowie unzureichender sektoraler und regionaler Struktur-veränderungen und andererseits auch Ergebnis noch unzurei-chender Wirksamkeit von Arbeitsförderungs- und Umschu-ßmaßnahmen.“

Frage: Welche Arbeit leistet das Ministerium für Wirtschaft, am einen begründeten Einblick in die tatsächlich in den Unter-nehmen ablaufenden Prozesse zu bekommen? Welche konkreten Ergebnisse in entscheidenden Regionen gibt es dabei?

Welche Schlußfolgerungen zieht das Ministerium für Wirt-schaft daraus, und welche Aktivitäten sind dazu vom Ministe-rium für Wirtschaft in den nächsten Tagen zu erwarten?

Antwort

Die konkreten Fragen darf ich wie folgt beantworten: Der Bericht des Ministeriums für Wirtschaft zum Wirtschaftsab-lauf in der DDR - August 1990 - gibt die derzeitige Lage zutref-fend wieder. Dies unterscheidet ihn von dem geschönten Zah-lenmaterial, das der Volkskammer in den zurückliegenden Jah-ren vorgelegt wurde. Ich darf diesen Bericht als bekannt voraus-setzen und es mir daher ersparen, daraus zu zitieren.

Wir müssen innerhalb kürzester Zeit eine grundlegende Re-strukturierung unserer Volkswirtschaft bewältigen. Nur auf die-sem Wege können die Unternehmen konkurrenz- und wettbe-werbsfähig werden. Das ist aber gleichzeitig mit einer bedeuten-

den Umschulung und Umsetzung der Beschäftigten verbunden. Alle Einschätzungen im Rahmen von Sanierungsprogrammen und auch von Unternehmensberatern beweisen, daß dies 25 - 30 % der Arbeitskräfte betrifft. Es ist bekannt, daß die Anpassung an die Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft eine bedeu-tende Entwicklung des bisher völlig unterentwickelten Berei-ches des Mittelstandes, des Handwerks, der Dienstleistungen so-wie der freien Berufe betrifft.

Ein Hauptweg muß darin bestehen, den Warenhauscharakter der bisherigen Kombinate, die vom Verkehr über die Instandhal-tung bis zur Betreuung und Versorgungen alles selbst organi-siert und produziert haben, zu überwinden und die Aufgaben auf selbständige Klein- und mittlere Unternehmen zu übertragen. Es ist richtig, daß hierfür Kapital gebraucht wird. Gleichzeitig muß man aber hervorheben, daß vorgesehene Einrichtungen und Anlagen in den bisherigen Kombinaten durch Entflechtung und schnelle Privatisierung und Abgabe an solche selbständigen kleineren und mittleren Betriebe eine bedeutende Vorausset-zung für die dazu erforderliche materielle Basis darstellen. Die-ser Prozeß wird durch die Treuhandanstalt jetzt in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium mit der Entflechtung der Kom-binate zielstrebig organisiert.

Erschwert wird dies durch den Rückgang der Produktion, die im Juli um 35 % gegenüber dem Juni geringer war. Das zeigt, daß die Waren vieler DDR-Unternehmen nicht den Anforderungen des Marktes und den Bedürfnissen der Verbraucher entspro-chen haben.

Die letzten Wochen zeigen hier aber auch wichtige Wandlungen. Sie sind am erfolgreichsten, wenn sie in Kooperation mit Firmen aus der BRD oder anderen ausländischen Firmen, mit der Ver-wertung von Know how und fortgeschrittenen Erfahrungen bis hin zu ansprechender Verpackung verbunden sind.

Auch die Tatsache, daß die Lieferungen von Waren der DDR in die BRD im I. Halbjahr um 6,1 % gegenüber dem Vorjahr gestie-gen sind, unterstreicht die Feststellung der Siftung Warentest, daß die Erzeugnisse der DDR besser sind als ihr Ruf.

Natürlich ist es verständlich, daß nach 40jähriger Enthalt-samkeit viele Bürger zunächst zu solchen Erzeugnissen greifen, die ihnen bisher nur aus dem Fernsehen bekannt waren. Man muß also auch einmal deutlich sagen, daß der Kauf von gleichwertigen Waren aus Betrieben der DDR ein wichtiger Faktor für die Sicherung von Arbeitsplätzen darstellt, ohne selbstverständlich damit der freien Entscheidung des Käufers irgendeine Vor-schriften machen zu wollen.

Die Arbeit des Ministeriums für Wirtschaft war insbesondere in den letzten Wochen konzentriert auf die Klärung grundsätzli-cher Rahmenbedingungen für den erfolgreichen und sozial ver-träglichen Übergang der Unternehmen in die Marktwirtschaft. Ich nenne hier nur die Fragen, die in Vorbereitung des Einig-ungsvertrages und in den von beiden Wirtschaftsministerien unterschriebenen Maßnahmen zur „Förderung von wirtschaftli-chem Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung in der bis-herigen DDR“ enthalten sind. Für die nächsten 5 Jahre sind zur regionalen Wirtschaftsförderung insgesamt 15Mrd. Haushalts-mittel und für Gemeindeprogramme und ein Wohnungsmoder-nisierungsprogramm Kredite von insgesamt 20 Mrd. DM verein-bart. Es ist wichtig, daß alle diese Maßnahmen des Einigungs-vertrages, die den Abgeordneten in einer gesonderten Broschü-re vorliegen, bereits ab 1.7. 1990, also rückwirkend, gelten. Gegenwärtig wird mit Hochdruck daran gearbeitet, die konkreten Wege und Erfahrungen für die Inanspruchnahme dieser Mittel, die das gesamte Gebiet der DDR zu einem besonderen Förderge-biet machen, zu regeln und bekannt zu machen. Erste Berech-nungen besagen, daß auf dieser Grundlage im Zeitraum 1990 bis 1991 mindestens 1,2 Mio Arbeitsplätze neu geschaffen und erhal-ten werden können und daß sich diese Zahl im Zeitraum bis 1993 auf rd. 1,6-1,7 Mio erhöhen kann.

Diese Entwicklung wird auch durch die Anzahl der Unterne-hmensneugründungen bestätigt. Bis Ende Juli erfolgten über 136000 Neugründungen von mittleren und kleinen Gewerbebe-trieben, denen nur 5800 Abmeldungen gegenüberstehen.